

Emile Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Emile-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis beträgt 3 Mark, halbjährlich 15 Mark, jährlich 30 Mark. Die Postgebühren sind eingeschlossen. Die Anzeigenpreise sind auf der 1. Seite des Blattes veröffentlicht. Die Redaktion ist in Halle a. S., Postfach 1000, zu erreichen. Die Druckerei ist in Halle a. S., Postfach 1000, zu erreichen.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Reichstagspräsident Wallatraf hat den Vizepräsidenten des Reichstags auf Mittwoch, den 20. August, nachmittags 5 Uhr, eingeladen. Der Vizepräsident wird sich u. a. auch mit der Frage der baldigen Einberufung des Reichstags beschäftigen.

Da häufig Reisende an den Bahnen und Wimpeln der politisch eingestellten Wandervereine Anstoß genommen haben, hat die Reichsbahndirektion eine Verfügung erlassen, wonach solche Fahnen und Wimpeln auf den Bahnhöfen und in den Zügen nicht mehr entlastet herumgetragen werden dürfen.

Eines der Güter des früheren deutschen Kaisers, die zu seinem Besitz in Karlsruhe gehörten, Meistbietender ist zur Versteigerung ausgeschrieben. Das Bürgermeisterrat von Remmich hat das unter Sequofur stehende Gut, das als Kaiserliche Mobiliar Urteile, bisher vermarktet und ist beauftragt, jetzt einen Käufer zu finden.

Die Zahl der unterrichteten Erwerbslosen im anheftigen Deutschland ist in der Zeit vom 15. Juli bis 1. August 1924 von 277 000 auf 225 000, die Zahl der Zulassungsbewerber (unterstützungsberechtigte Angehörige Solterwerbender) von 335 000 auf 289 000 gesunken.

Das britische Kriegsgericht in Solingen verurteilte eine Anzahl Personen wegen verbotenen Waffen- und Munitionsbefizes zu hohen Geldstrafen und Gefängnis bis zu 1 Jahr.

Die deutsche Delegation hat Sonntag früh London verlassen. Vertreter der englischen Behörden der deutschen Politik und der Presse gehen ihr des Weils, 80% des vollen Erfolges, zu übersteigert Dr. Stresemann, seien erreicht. Die Delegation traf Montag früh 1/9 Uhr in Berlin ein.

Montag vormittag 9 Uhr erschien der Kommandant des Bräutigams bei den Episen der deutschen Delegation, um die beiden Verwaltungen der Offenburg und Pirmasens von den französischen Truppen geräumt werden.

Salbamitlich verlässt in Paris, das französische Parlament am 18. August zusammenzutritt, um den Bericht Herriots über das Schlussprotokoll der Londoner Konferenz entgegenzunehmen. Das Schlussprotokoll wurde von Herriot lediglich nur paraphiert und noch nicht endgültig unterzeichnet. Dies wird erst der Fall sein, sobald die beiden Kammern das Protokoll genehmigt haben.

Salbamitlich wird bestätigt, dass die französischen und deutschen Sachverständigen am 1. Oktober zusammenzutreffen, um über den Abschluss eines französisch-deutschen Handelsvertrages zu beraten.

Der in Stockholm verlassene alte Weltkongress beging die Feier des 50jährigen Jubiläums des Weltkongresses. Der Vorsitzende des Kongresses, der schwedische Generalpostdirektor Kullin, gedachte in seiner Rede des „verehrten Meisters, des deutschen Postministers v. Sieppart“.

Bei der Vereidigung der neuen Rekruten in Vermont (Vereinigte Staaten) weigerte sich einer der jungen Rekruten, den Eid abzulegen und rief: „Wieder mit dem Heer!“ Er wurde sofort verhaftet. Die anderen Rekruten verlangten seine Freilassung und weigerten sich, als ihrem Vorgesetzten nicht feilschenden, ebenfalls, den Eid abzulegen. Sämtliche Rekruten wurden verhaftet.

Es gelang der rumänischen Polizei, einen Anführer der Gendarmen in Belgrad zu verhaften. Seinen Auspassungen gemäß wurde er mit elf anderen nach Belgradien geschickt, um „den Boden zu bearbeiten“.

Die bulgarische Regierung hat den Belagerungszustand proklamiert. Trotzdem wurde der Kampf mit den Aufständischen, in dem die Generäle Stara Zagora teilgenommen, es gelang, den Generalleutnant der Bauernpartei, Abg. Glogow, zu fangen. Die Bürgermeister von Kardina und Kurilo wurden erschossen. In Rom ist der Polizeikommissar einem Bombenattentat zum Opfer gefallen.

Nach Meldungen aus Chartum fanden am Sonntag in Omdurman Kundgebungen statt. Die Polizei zu Fuß und zu Pferde wurde mit Steinen beworfen. Drei Personen wurden in Haft genommen.

Die ägyptische Regierung hat ihren Londoner Vertreter beauftragt, bei der englischen Regierung gegen die Maßnahmen zur Unterdrückung der Wirren im Sudan Protest einzulegen.

Die Niederlage von London.

Aus London wird gemeldet: Die Schlussführung der Konferenz trat am Sonntag gegen 1 Uhr abends zusammen. Es wird der allgemeine Wortlaut der getroffenen Übereinkommen festgelegt und von Ramsay allein unterzeichnet. Die endgültige Unterzeichnung aller Vereinbarungen ist aberamst für den 30. August d. J. in der Annahme, dass bis dahin die Parlamente die getroffenen Vereinbarungen genehmigt haben.

Am Tage nach der Unterzeichnung sollen die französischen Truppen aus Stadt und näherer umschriebener Zone Dortmunds zurückgezogen werden. Am gleichen Tage werden alle Orte und Gebietsstreifen, die außerhalb des Ruhrgebietes und selbst dessen Gebiete liegen und bei der Ruhroperation befestigt wurden, geräumt.

Die französischen und belgischen Eisenbahner werden restlos zurückgezogen. Die Verhandlungen über die Ruhrfrage sind abgeschlossen worden. Folgendes wurde vereinbart:

In einem Schreiben, das Herriot und Theunis an Reichskanzler Marx richteten, erklären sie, dass sie an ihrem Rechtsanspruch auf die Ruhrbesetzung nach dem Versailles-Vertrag ausgeführt werden dürften, festhalten, jedoch unter Bezugnahme auf die in London getroffenen Abmachungen überreits erklären, dass das Ruhrgebiet spätestens in einem Jahre geräumt werden wird und dass die Frist ab 15. August läuft. Das Antwortschreiben des Reichskanzlers nimmt von dieser Erklärung Akt und erklärt, dass Deutschland seine Auflassung aufrecht erhalte, dass die Besetzung rechtskräftig sei. Er spricht die Erwartung aus, dass im Zusammenhang mit den hier getroffenen Abmachungen die Räumung der Gebiete zu möglichst frühem Termin erfolgen wird, und gibt der Erwartung Ausdruck, dass die französische und belgische Regierung seine Auffassung teilen. Herriot hat ferner zusammen mit Theunis einen Brief an Dr. Marx gerichtet, in dem er ihm mitteilt, dass beide Regierungen wünschen, einen sichtbaren Beweis des Gutes zu geben, in dem sie gegenüber Deutschland sich verhalten wollten, dass sie zu diesem Zweck beschließen hätten, nach Unterzeichnung des Londoner Vertrages die Zone Dortmund-Hörde-Lünen zu räumen, ferner am gleichen Tage die sämtlichen Orte und Gebiete, die außerhalb des Ruhrgebietes liegen und anlässlich der Ruhroperation befestigt wurden. Herriot und Theunis haben auf Anfrage der deutschen Delegation namens ihrer Regierungen die Erklärung gegeben, dass sie es für selbstverständlich ansehen, dass das ganze Sanktionsgebiet (Mülheim, Duisburg, Ruhrort) spätestens am dem Tage geräumt wird, an dem das Ruhrgebiet geräumt wird.

Bei der Vereinbarung über die endgültige Unterzeichnung des Londoner Vertrages bemerkte Dr. Marx, dass, falls der Reichstag die Zustimmung verweigere, die Unterchrift Deutschlands natürlich hinfällig sei, dass die endgültige Unterchrift dann erst geleistet werden könne, wenn alle parlamentarischen Möglichkeiten erschöpft seien, um die Zustimmung der Volksvertretung zu erlangen.

Die Lösung der Amnestiefrage.

In der Frage der Amnestierung ist vereinbart worden:

a) Amnestie für sämtliche Gefangenen einschließlich Niederlage aller (schwebender) Verfahren, soweit die Handlungen aus politischen Motiven hervorgegangen sind, ohne Rücksicht auf die Straftat selbst. Die einzige Ausnahme ist die des Attentats gegen das Leben mit Todeserfolg.

b) Uebergang sämtlicher (schwebender) Verfahren (einschließlich der Vollstreckung), die nur aus Anlaß der Errichtung der Eisenbahn- und Zolltrüge und der sonstigen Landesverwaltungen vor der Kriegserklärung gelangt sind, auf die zuständigen deutschen Behörden.

c) Zusicherung, dass künftig die deutsche Gerichtsbarkeit, insbesondere bei Verfolgung von Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates, ihren normalen Lauf nehmen kann.

d) Rückkehr der Ausgewiesenen sowie Wiederbefreiung der abgesetzten Beamten in ihre Heimat, abgesehen von einzelnen Ausnahmen, über die ein vorheriger Meinungsaustausch mit den deutschen Behörden vorgesehen ist.

Das Rheinlandabkommen und die allgemeinen Landesverwaltungsbehörden werden wiederhergestellt. Ferner wird beschlossen: Aufhebung der Binnenzölle und des Passierscheinzwanges im Verkehr zwischen befestigten und unbefestigten Gebieten, Rückgabe der Zollverwaltungen und der Verwaltung des Ein- und Ausfuhrdienstes, Rückgabe der Verwaltung der staatlichen Domanen und Forsten, Beseitigung der französisch-belgischen Regie der Eisenbahnen.

Gebietszelle, die geräumt werden.

Gleichzeitig mit der wirtschaftlichen Räumung sollen mit Rücksicht geräumt werden:

1. die Zone von Dortmund und Hörde,
2. 15 Tage nach der zweiten Feststellung die Häfen von Emmerich, Wesel, Mannheim einschließlich Schloß, Karlsruhe einschließlich Leopoldshafen, sowie die Gebiete von Offenburg, Pirmasens und der Eisenbahnwerftstätten von Darmstadt,
3. der Gebietsgürtel, der um den Bräutigams Köln leitens der Franzosen geleitet wurde. Dieser Gürtel umfasst einmal die Städte Obertrubitz, Bohnsdorf, Cronenberg, Wipperfurth, Remscheid, Lennepe, Bergisch-Born, Haldenswagner, Gimborn, Kündersdorf, Drabenderhöhe und Much, ferner die Fischbänke zwischen den Bräutigams Koblenz einerseits und Köln und Mainz andererseits, also insbesondere die Städte Königswinter, Homfel, Sins, Aßbach, Uderath, Caub, Lorch, Rixberg und Eimburg.

Die Schlussführung der Konferenz

Am Sonntag vormittag 11 Uhr fand unter Vorsitz Macdonalds statt. Nachdem die noch ausstehenden Berichte entgegengenommen und ohne Debatte genehmigt waren, ließ Macdonald als Vorsitzender die Schlussanfrage, die von der Konferenz mit Beifall begrüßt wurde. Es folgten noch Ansprachen Herriots, des amerikanischen Vorkaufers Kollaga, des belgischen Premierministers Theunis, des italienischen Hauptdelegierten de Stefani, des deutschen Reichskanzlers, des japanischen Vorkaufers Hasegawa. Auch nach den Reden Herriots und Dr. Marx' setzte Herriot eine kurze Pause ein, in der das Konferenzprotokoll von den verschiedenen Delegationen zur Kenntnis genommen wurde, erfolgte die Parafierung des Protokolls. Die Sitzung wurde um 9 Uhr abends von Macdonald geschlossen. Mit feierlichem Händedruck verabschiedeten sich die Teilnehmer voneinander.

„Herzlichkeiten“.

„Der Vorhang fällt / Das Stück ist aus / Und Herrn und Damen / Gehn nach Haus.“ Nach ihm die Einzelheiten des Londoner Abkommens nicht zuverlässig bekannt. Wir werden sie ja wohl erfahren, wenn nach der Sitzung des Reichstags des Reichstages am Mittwoch der Reichstag selbst zusammengerufen wird — vermutlich am Donnerstag.

Über schon der beraltete Händedruck beim Auseinandergehen, der Beifall, den die Schlussurteile unseres Reichskanzlers fanden, und ein Glückwunschtelegramm des Herrn „Generals“ und Bankdirektors Gaves, das unsere Delegation mit auf die Heimreise erhielt, genügt uns: Angehörige dieser verlegenen Welt, die sich zehn Jahre nach Kriegsende noch immer hinter der Maske von Verschönerungswillen, Gerechtigkeits- und Gauergeister verbergt und damit die Welt betrübt, muß jedem Unfähigdenkenden mit dem Esel ein kräftiges: „Pui Teufel!“ auf die Lippen steigen, und selbst die immerpolitischen Gegner der „Vaterländischen Verbände“ sollten Verständnis für die erste Warnung haben, die in einem Appell dieser Verbände an die Reichsregierung zum Ausdruck kommt.

Die Krise des demokratischen Gedankens.

Wir haben vor einiger Zeit an dieser Stelle auf die ungetreue Gefahr hingewiesen, die in der bisherigen künftigen Mißachtung von Treu und Glauben in der Politik liegt: Man lebt heute nicht mehr in absolutistischen Zeiten, wo die Volksmeinung keine Macht darstellte und daher mißachtet werden konnte. Der Krug geht solange zum Wasser, bis er bricht. Irgend einmal und vielleicht ungedacht bald kommt der Augenblick, wo die Völker sich diese schamlose Mißachtung aller jedem Men-

schen eingeborenen Rechts- und Anstandsgefühle, dieses Eintrikes der Grundfesten jedes sozialen Lebens nicht mehr gefallen lassen, wo einmüde das Recht — oder die willige Anarchie und nach ihr der Volksherrschaft liegt. Seit mehr unsere deutsche Demokratie zeigen, ob sie echt oder auch nur Lug und Trug ist, denn es geht um ihre Existenz: nimmt sie das neue verlogene Diktat an, dann richtet sie sich selbst.

„Ein Feschen Papier“.

Es scheint, daß das Londoner Abkommen auch in den finanziellen und wirtschaftlichen Einzelheiten wesentlich ungenügender ist, als es uns bisher geschildert wurde. Und im Kernpunkt: Befreiung der Ruhr und Auflassung der Räumungsbefristungen für das Rheinland, versagt es vollkommen. Denn nur ein Narr kann glauben, daß diese jämmerlichen Briefe zwischen der französischen und deutschen Delegation über die Ruhrkrümung, die nicht einmal in fester Form zum Anlaß der Konferenzbestimmungen geworden, sondern zur internen Angelegenheit zwischen uns und den Franzosen erklärt worden ist, irgendein wirklich bindendes Scherzstück der Räumung darstellen. Das sind wirklich nur „Feschen Papier“, und es bedarf durchaus nicht der raffinierten Abwärtenskunft eines Poincaré, um sie hinfällig zu machen.

„Bange machen gilt nicht!“

Trotzdem zeigt ein Blick auf die deutsche Presse, daß die neudeutsche Gemeinheit schon wieder über den vor wenigen Tagen ausgedehnten Geist der Mannhaftigkeit zu liegen bricht. Wir haben seit den Tagen der Waffensstillstandsverhandlungen nichts dagelernt.

Nur die Putschnationalen, Deutschfeindlichen und Kommunisten antworten mit einem klaren: Nein!

Es mag sein, daß bei einem Teil der übrigen Pressestimmen für die gewundene Haltung wirklich sachliche Erwägungen bereits mitsprechen, aber der Gesamteindruck ist, daß nicht Sachlichkeit, sondern Feigheit, Willenslosigkeit dabei ausschlaggebend sind. Denn zu einem sachlichen Urteil ist man noch gar nicht in der Lage.

Noch weiß man nicht, was unsere Delegationen nicht die Engländer, Amerikaner und Italiener zu dem willigen Anfall bestimmt hat. Sollten die Franzosen, erst im Bunde mit Japan, ganz einfach und brutal mit einer Arieerklärung Frankreichs und seiner östlichen Verbündeten an — nicht an uns, das lohnt nicht — England gedroht haben?

„Aufgeschoben ist nicht aufgehoben.“

Der richtige Standpunkt scheint uns zu sein, die Londoner Einigung einfach als eine Form der Verzögerung zu behandeln, die den Zweck verfolgt, den Abbruch der Konferenz zu verhindern, erst einmal die Ansicht der Parlamente zu hören und dann erneut zusammenzutreten. Es scheint festzuhalten, daß unsere Delegierten nicht gefunden haben. Und keinesfalls sieht sich, daß bei Ablehnung der Abmachungen durch den Reichstag als weiteren Verhandlungen ausgeschlossen sind: es liegt allen Beteiligten, einschließlich der Finanzleute, viel zu viel an einer Verhängung und an Ruhe, als daß bei Ablehnung eine Katastrophensituation leitens der Enkte ohne weiteres bevorstünde, ja vielleicht auch nur zu fürchten wäre. Denn auch von einer etwaigen französischen Kriegserklärung zum wirklichen Krieg ist noch ein weiter Weg, der unter anderem über die Neuortner Börse führt und zu dem die Zustimmung der Kriegsmüden Völker notwendig wäre.

Nichts wäre törichter, als sich die Stellungnahme zu den Londoner Beschlüssen von der Angst diktieren zu lassen. Gar so schnell schließen heute selbst die Franzosen nicht mehr, und auch nach Ablehnung durch den Reichstag, die die Chauvinisten in Frankreich doch sehr nachdrücklich stimmen würde, ist noch kein Verstand, bei denen zum mindesten immer noch manche Vorteile für uns herauszufinden sind.

Der Zweck der Konferenz.

Machen wir uns immer wieder klar, worum es geht: nach sechsjähriger vergeblichen Bemühungen endlich zu einem erträglichen Weltzustand zu kommen. Das ist nicht nur unser Wunsch, sondern auch der Wunsch der ganzen Welt.

Darum ist es eine geradezu frächtige Gedankenlosigkeit, zu glauben, daß nach Ablehnung der Londoner Beschlüsse der Welt nichts Besseres und kein anderer Mittel mehr einfallen könnte, als sofort von neuem loszuschlagen und

